

Ressort: Politik

Unionspolitiker fordern bei Abschiebungen mehr Rechte für den Bund

Berlin, 16.03.2018, 10:35 Uhr

GDN - Nach dem Vorstoß des neuen Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU) im Streit um die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber fordern Unionspolitiker mehr Kompetenzen für den Bund und ein härteres Durchgreifen gegen Abschiebungsverweigerer. Dem Nachrichtenmagazin Focus sagte der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion, Mark Hauptmann (CDU), der Bund müsse "mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden".

Es müsse möglich sein, Abschiebungen auch dann vorzunehmen, wenn sich Bundesländer weigerten. Der Druck auf die Bundesländer und die Ausreisepflichtigen müsse daher erhöht werden. Ähnlich äußerte sich die Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Andrea Lindholz. Die CSU-Politikerin sagte gegenüber Focus: "Es wäre sinnvoll, die Zuständigkeit der Bundespolizei ergänzend von der illegalen Einreise auf den illegalen Aufenthalt zu erweitern." Die Bundespolizei könnte dann entsprechende Personen aufgreifen und unmittelbar Abschiebehaft beantragen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-103416/unionspolitiker-fordern-bei-abschiebungen-mehr-rechte-fuer-den-bund.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com